

Burundi: Vertrauenskrise zwischen Regierung und Zivilgesellschaft

von Susanne Hefekäuser und Anne Niyuhire

Drei Monate vor Beginn der Wahlen in Burundi ist die Stimmung zwischen der Regierung und der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition angespannt. Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten in der Registrierung der WählerInnen, Inhaftierungen von MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen und das Wiederkehren von Phasen der Gewalt und Unruhe lassen nationale wie internationale Beobachter mit Sorge auf die bevorstehende Wahlperiode schauen.

Das mangelnde gegenseitige Vertrauen der politischen Akteure in Burundi zeigt sich in dieser Wahlperiode schon lange vor den eigentlichen Wahlen. Für Diskussionen sorgte zum Beispiel schon die Ernennung des Präsidenten der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENI). Pierre Claver Ndayicariye hatte dieses Amt schon 2010 inne und war von der Opposition beschuldigt worden, seine Augen vor Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess verschlossen zu haben. Seine erneute Ernennung im Oktober 2012 war der Opposition ein Dorn im Auge. Auch der Prozess der Wählerregistrierung Ende 2014 wurde von Parteien wie RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft stark kritisiert: An einige AnhängerInnen der Regierungspartei CNDD-FDD seien falsche Ausweise verteilt worden, um sich mehrmals registrieren zu können, während AnhängerInnen anderer Parteien die Ausstellung eines Ausweises verweigert worden sei. Die CENI beschloss deswegen im Januar eine Wiederholung des Registrierungsprozesses.

Schon bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2010 hatten sich in Burundi Komplikationen im Wahlprozess gezeigt. Die Oppositionskoalition ADC-IKIBIRI warf der Regierung schon bei den Kommunalwahlen massiven Betrug vor. Die Regierungspartei CNDD-FDD verweigerte jedoch eine Wiederholung der Wahlen und stützte sich dabei auf die Berichte von BeobachterInnen wie der Europäischen Union, die den

Wahlvorgang als partizipativ und demokratisch einschätzten. Die Opposition boykottierte daraufhin alle weiteren Wahlen, was der CNDD-FDD große Mehrheiten einbrachte und sie für die folgenden fünf Jahre zur tonangebenden Kraft auf allen administrativen Ebenen des Staates machte.

Zankapfel drittes Mandat des Präsidenten

So auch im weiträumig abgeriegelten Präsidialamt, in dem seit den ersten Wahlen nach dem Bürgerkrieg im Jahr 2005 Pierre Nkurunziza von der CNDD-FDD regiert. Hier liegt auch der eigentliche Streitpunkt, der die politische Landschaft in der Vorwahlperiode 2014 spaltet. Pierre Nkurunziza will für ein drittes Mandat als Präsident der Republik kandidieren. Noch hat er seine Kandidatur zwar nicht offiziell angekündigt, doch Zivilgesellschaft und Opposition laufen schon Sturm. Laut dem Friedensvertrag von Arusha im Jahr 2000, der einen Bürgerkrieg zwischen Hutu-Milizen und einer von Tutsis geprägten Armee beenden sollte, sowie nach der Verfassung von Burundi darf ein Präsident der Republik maximal einmal wiedergewählt werden. Doch die Partei des Präsidenten rechtfertigt eine mögliche dritte Kandidatur von Pierre Nkurunziza: Bei den ersten Wahlen sei er nicht vom ganzen Volk, sondern lediglich vom Parlament gewählt worden – es handele sich also in 2015 erst um seine zweite Kandidatur bei einer allgemeinen Präsidentschaftswahl. Die Zivilgesellschaft lehnt sich dagegen auf: Im Februar 2015 startete die Kampagne „Nein zu einem dritten Mandat von Pierre Nkurunziza“ unter Beteiligung von 304 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Durch eine Petition wollen sie den amtierenden Präsidenten dazu aufrufen, nicht noch einmal zu kandidieren. Gleichzeitig riefen sie die BurunderInnen dazu auf, friedlich zu demonstrieren, wenn Pierre Nkurunziza doch seine dritte Kandidatur bekanntgeben sollte.



Pacifique Ninanahazwe (rechts) ist einer der bekanntesten Oppositionellen in Burundi. Foto: Susanne Hefekäuser

Ungelöste Verbrechen, geheimnisvolle Überfälle

Dabei stellt sich die Situation in der Periode vor den Wahlen für zivilgesellschaftliche Aktionen nicht unproblematisch dar. Einige Akteure werfen der Regierung vor, sich in der Phase vor den Wahlen störender Personen entledigen zu wollen. So habe die CNDD-FDD beispielsweise die Kämpfe zwischen dem burundischen Militär und Milizen in der nördlichen Provinz Cibitoke, bei denen Ende des Jahres 2014 fast 100 Menschen ihr Leben verloren, dazu genutzt, repressiv gegen Zivilgesellschaft und Opposition vorzugehen. Pacifique Ninanahazwe, Präsident des Forums für Bewusstsein und Entwicklung (FOCODE) und einer der bekanntesten zivilgesellschaftlichen Aktivisten in Burundi, findet, die Regierung würde die Verantwortung für den Angriff bei denen suchen, die in der Periode vor den Wahlen zu laut nach Veränderung riefen. Zum Beispiel wurden fünf Anhänger der oppositionellen Front National de la Libération (FNL)

vom Geheimdienst im Zusammenhang mit den Angriffen in Cibitoke hinter Gitter gebracht.

Auch verbreiteten sich bereits im vergangenen Jahr Gerüchte über die Bewaffnung und das Training junger Militanter der Regierungspartei CNDD-FDD was zur Sorge in den Reihen der Zivilgesellschaft führte. Im Mai zirkulierte ein vertrauliches Dokument der Vereinten Nationen (UN), in dem berichtet wurde, dass 500 Polizeiuniformen verschwunden und in ländlichen Gegenden Burundis Waffen an die Jugendmiliz der Regierungspartei, die Imbonerakure, verteilt worden seien. Nachdem die burundische Regierung diese Vorwürfe von sich wies, zogen die UN das Dokument zurück. Kurze Zeit später berichtete das Radio Publique Africaine (RPA), eines der beliebtesten privaten Radios des Landes, von Trainingscamps für Imbonerakure in Kiliba-Ondes im Ostkongo, nur wenige Kilometer von der burundischen Hauptstadt Bujumbura entfernt. Eine der Hauptquellen des Radios war Menschenrechtsverteidiger Pierre-Claver Mbonimpa, Präsident der Association Burundaise pour la Protection des Droits Humains et des Personnes Détenues (APRODH), der aufgrund dieser Aussagen am 16. Mai 2014 ins Gefängnis kam und erst im September aufgrund von internationalem Druck provisorisch freigelassen wurde. Die burundische Regierung bestreitet weiterhin die Existenz solcher Camps.

Mit grünen T-Shirts gegen Straffreiheit

Ein ähnliches Krätemessen ereignete sich zwischen dem Radio RPA, seinen Unterstützern und der Regierung Anfang des Jahres 2015. Der Direktor der RPA wurde am 20. Januar nach einer richterlichen Anhörung verhaftet. Sein Sender hatte berichtet, dass Teile des burundischen Geheimdienstes und der Polizei beteiligt gewesen sein sollen an der Planung und Durchführung der Morde an drei italienischen Ordensschwestern im September letzten Jahres in Bujumbura. Die Staatsanwaltschaft wirft Bob Rugurika unter anderem Beihilfe zu Mord und Verletzung des Ermittlungsgeheimnisses vor. Die Zivilgesellschaft mobilisierte eine Kampagne „Mardi Vert“ (grüner Dienstag), und in Solidarität mit dem Gefangenen trugen viele Aktivisten und Journalisten dienstags grüne T-Shirts, um an die grüne Kluft



Zu gewaltfreien Freudenkundgebungen von Tausenden von Menschen in Bujumbura kam es im Januar anlässlich der Freilassung des Journalisten Bob Rurika.

Foto: Patrick Wasso

von Gefangenen zu erinnern. Bob Rugurika wurde am 19. Januar, begleitet von Massendemonstrationen, vorläufig aus dem Gefängnis entlassen. Die Organisatoren entschieden, die Kampagne dennoch fortzusetzen. „Es gibt immer noch keine Gerechtigkeit für die drei ermordeten Ordensschwestern“, sagte Innocent Muhozi, Direktor des Privatsenders Tele Renaissance dazu in einer Pressekonferenz.

All diese Ereignisse in Burundi würden Chaos um die Wahlen herum befürchten lassen, meint Cynthia Kimana, Sprecherin der Coalition de la société civile pour le observation et le monitoring des élections (COSOME). Sie bleibe jedoch optimistisch, dass sich diese Konflikte regeln lassen würden. Die COSOME, genau wie die katholische Kirche, die Kampagne gegen das dritte Mandat von Pierre Nkurunziza sowie die Kampagne des „Mardi Vert“ haben das burundische Volk immer wieder zu Gewaltfreiheit im Protest aufgerufen. Die VertreterInnen der Zivilgesellschaft in Burundi können nur hoffen, dass diese Rufe gehört werden.

Die Autorinnen

Susanne Hefekäuser ist Friedensfachkraft im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) für Friedensjournalismus in Bujumbura, Burundi.



Anne Niyuhire ist Journalistin und hat für verschiedene Radiosender in Burundi gearbeitet. Momentan leitet sie das EIRENE-Projekt „Medien und Frieden“.



Das Projekt stärkt Medien, die sich für den sozialen Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben der Menschen in der Region der Großen Seen einsetzen.